



Medienkonferenz vom 30. August 2010
«Unternehmer/innen für eine sichere Arbeitslosenversicherung»

Es gilt das gesprochene Wort.

Noch höhere Lohnabzüge müssen unbedingt verhindert werden

Otto Ineichen, Unternehmer und Nationalrat FDP. Die Liberalen

Am 26. September 2010 stimmen wir über eine wichtige Vorlage ab. Es liegt an uns Unternehmern, uns dafür zu engagieren, damit das Volk sich mit einem klaren JA für die Revision der ALV ausspricht!

Die Schweiz hat die beste Arbeitslosenversicherung der Welt und kaum ein Land tut mehr für die Eingliederung von Arbeitslosen, nicht zuletzt wegen der hervorragenden Zusammenarbeit des Unternehmertums mit den öffentlichen Institutionen. Der gefundene Kompromiss zeugt von einer Weitsicht der Sozialpartner.

Falls die Revision abgelehnt würde, heisst dies für Arbeitgeber wie für Arbeitnehmer höhere Abzüge von 0,3 Prozentpunkten. Dies schwächt die Kaufkraft der Mitarbeitenden und die Wettbewerbsfähigkeit der Unternehmen. Ein Ja bedeutet Aufschläge von 0,2 Prozentpunkten, ein Nein von 0,5 Prozentpunkten. Dieser zusätzliche Aufschlag käme zu einem ungünstigen Zeitpunkt, jetzt, wo sich die Wirtschaft langsam erholt. Die Unternehmen werden im nächsten Jahr ohnehin mehr belastet, nämlich mit der Erhöhung der Mehrwertsteuer um 0,4 Prozentpunkte und der Erwerbssersatzordnung um 0,2 Prozentpunkte.

Neben dem Aufschlag von 0,5 Prozentpunkten werden die Bürgerinnen und Bürger nächstes Jahr zusätzlich mit höheren Krankenkassenprämien belastet. An einem solchen zusätzlichen Aufschlag können auch die Gewerkschaften nicht interessiert sein.

Das Kampfangument der Gegner, die Reichen würden geschont, ist nicht stichhaltig. Im Gegenteil: Die Besserverdienenden leisten zur Sicherung unserer Sozialwerke (z.B. AHV) massgebliche Beiträge. Zudem beteiligen sie sich mit dem Solidaritätsprozent. Die Behauptung der Gewerkschaften, dass mit einer unbeschränkten Belastung der gesamten Einkommen von 2,2 Prozent die Finanzprobleme gelöst wären, stimmt nicht. Ihr Zahlenbeispiel, dass dies 550 Mio. Franken in die Arbeitslosenkasse spülen würde, ist falsch. Weil das Solidaritätsprozent ja dann wegfällt, wären es lediglich 380 Mio. Franken.

Auch der Vorwurf, die Revision führe zu unverantwortbaren Kürzungen bei den Jugendlichen, ist nicht haltbar. Wir wissen aus der Vergangenheit, dass Jugendliche bereits wenige Tage nach Beendigung des Taggeldflusses wieder eine Stelle haben. Wir wissen auch, je länger jemand aus dem Arbeitsprozess ist, umso weniger attraktiv sind sie als Stellenbewerber.

Das Parlament hat im 3. Konjunkturpaket der Weiterbildung für Jugendliche einen hohen Stellenwert eingeräumt. So übernimmt der Bund 50 Prozent der Weiterbildungskosten, maximal 5000 Franken. Es muss unser aller Interesse sein, alle Menschen möglichst früh und möglichst langfristig in den Arbeitsprozess einzugliedern. Verweigerer und Schmarotzer müssen härter angepackt werden. Hier erwarte ich von den Gegnern Unterstützung, anstatt dass sie mit Scheinargumenten die ausgewogene Vorlage bekämpfen. Mit dem Unternehmerprojekt Speranza beweisen wir, dass uns die Integration von Arbeitslosen sehr wichtig ist.

Aus all diesen Gründen setze ich mich für ein JA zur Revision der Arbeitslosenversicherung am 26. September 2010 ein.